München, 21.06.2010

Pressemitteilung

Jugendhilfe und Ganztagsschule – gemeinsam Verantwortung wahrnehmen!

Hermann Imhof, MdL, Vorsitzender des Landesjugendhilfeaussschusses, stellt Grundsatzpapier vor.

Nach den derzeit geltenden schulpolitischen Entscheidungen der Staatsregierung wird in den nächsten Jahren die ganztägige Beschulung von Kindern und Jugendlichen erheblich ausgeweitet. Der bayerische Landesjugendhilfeausschuss unter Vorsitz von Hermann Imhof, MdL, befasste sich aus diesem Anlass intensiv mit den längerfristigen Auswirkungen des Verhältnisses von Jugendhilfe und gebundener Ganztagsschule. Der Ausbau trägt grundsätzlich dem Bedürfnis Rechnung, Kindern und Jugendlichen ein zusätzliches Angebot der Erziehung und Bildung zu ermöglichen und dabei insbesondere auch soziale Benachteiligungen bzw. bildungsferne Familiensituationen auszugleichen. „Diese bildungspolitische Zielsetzung ist aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe ausdrücklich zu begrüßen“, betonte er bei der Veröffentlichung einer umfangreichen Bestandsaufnahme der wichtigsten Fragestellungen. Diese wurde zuletzt auf der 16. Gesamtbayerischen Jugendamtsleitungstagung in Günzburg bearbeitet und nun im Mitteilungsblatt Nr. 3 – Mai/Juni 2010 des Bayerischen Landesjugendamts im ZBFS veröffentlicht.

Die ganztägige Betreuung an der Schule und durch die Schule stellt für die betroffenen Schülerinnen und Schüler eine deutlich veränderte Lebenssituation dar. Verschiedene Aktivitäten, Bedürfnisse und Problemlagen, die nach der Halbtagsschule in anderen Bildungs- oder sozialen Institutionen aufgegriffen wurden, fallen nunmehr in den schulischen Zeitrahmen. Schule entwickelt sich vom Lernort zum Lebensort, an dem der gesamte schulische Auftrag in angemessener Weise zum Tragen kommen muss. Insbesondere der Erziehungsauftrag der Schule wird nicht mehr auf die Frage beschränkt werden können, inwieweit er (nur) zur Durchführung eines geordneten Unterrichts wahrgenommen werden muss. Ebenso wenig kann die Rolle der Kinder- und Jugendhilfe darin bestehen, junge Menschen „unterrichtsfähig“ zu machen. Sie dient vielmehr wie die Schule ihrer Förderung auf dem Weg zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.

Durch diese Weichenstellung in Richtung Ganztagsschule werden Schule wie Jugendhilfe mit einer Veränderung bzw. Modifizierung ihres Auftrags an diesem Lebensort konfrontiert. Hierauf sind beide Institutionen nur unzureichend vorbereitet. Bildung und Erziehung, Unterricht und Formen nicht formaler Bildung müssen stärker ineinandergreifen. Die Träger der Jugendhilfe und der Schule müssen sich als ebenbürtige Kooperationspartner verstehen.

Dienstgebäude
Marsstraße 46
80335 München

Öffentliche Verkehrsmittel
Tram 16/17
Hopfenstraße

vor dem
Gebäude

Vermittlung
0 89 / 12 61-04
Zentrales Telefax
0 89 / 12 61-22 80

E-Mail
poststelle@zbfs-blja.bayern.de
Internet
www.blja.bayern.de

Überweisungen an:
Staatsoberkasse Landshut
Bayer. Landesbank München
Konto 1190315, BLZ 70050000

„Es ist mir ein außerordentlich wichtiges Anliegen, dass die notwendige Fachdiskussion über die tagespolitischen Entscheidungen hinaus auf ein breites Fundament gestellt wird“, so Imhof weiter. So fehle auch dem derzeitigen Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes (EUG) ein bildungspolitisches Grundkonzept, das verdeutlichen könnte, wie die Schule künftig ihre erweiterte pädagogische Aufgabenstellung gestalten will. Mit rein organisatorisch-technischen Lösungen und einem Abschieben der Verantwortung auf den kommunalen Schulaufwandsträger könne es nicht getan sein.

Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um die derzeit auseinanderfallenden Planungszuständigkeiten auf der kommunalen Ebene so weit zusammenzuführen, dass Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung tatsächlich eng und verbindlich aufeinander abgestimmt werden können. Imhof hofft, dass bei der für Herbst dieses Jahres geplanten Anhörung des Bayerischen Landtags zur Entwicklung der Ganztagsschule auch hierzu weiterführende Vorschläge zur Sprache kommen.

Das zusammenfassende Arbeits- und Diskussionspapier „Jugendhilfe und Ganztagsschule in Bayern“, Mitteilungsblatt Nr. 3, Mai/Juni 2010, kann angefordert werden bei: ZBFS – Bayerisches Landesjugendamt, Marsstr. 46, 80335 München; E-Mail: poststelle@zbfs-blja.bayern.de.

Kontakt:
Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses, Hermann Imhof, MdL, Jakobstraße 46, 90402 Nürnberg
Tel: 0911/241544-28
Fax: 0911/ 2342-568
petra.stoecklein@imhof-mdl.de